

755
756

757 Antrag

758
759
760

an die 2. Tagung des 3. Landesparteitages der Partei DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

761
762
763

764 Antragsteller
765 DIE LINKE. Sachsen-Anhalt (Landesparteitag)

766
767

768 **Änderungsantrag zum Leitantrag des Parteivorstandes zum Programm der** 769 **Partei DIE LINKE an die 2. Tagung des 2. Bundesparteitages**

770
771

772 Der Bundesparteitag möge beschließen:

773
774

775 Zeilen 1401 bis 1403

776
777

777 „Wir diskutieren darüber, inwieweit mit einem öffentlich geförderten
778 Beschäftigungssektor über die Arbeitsmarktpolitik hinaus die Beschäftigung im
779 Non-Profit-Bereich dauerhaft fortentwickelt und gestärkt werden kann.“

780
781

ersetzen durch

782
783

783 **„Mit dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor streben wir einen**
784 **gemeinnützigen Sektor an, der weder durch den Markt reguliert noch vom**
785 **Staat dirigiert wird, aber mit öffentlichen Mitteln finanziert wird. Er soll**
786 **soziale, ökologische und kulturelle Aufgaben übernehmen, die die**
787 **Selbstorganisation der Zivilgesellschaft stärken und demokratisch von**
788 **Beschäftigten und Nutzern verwaltet werden.“**

789
790

791 Begründung

792 aus dem Beschluss des Landesparteitages vom 24. September 2011:

793
794

794 „Wir brauchen Transformationsprojekte, die konkret sind, die Lebensqualität
795 verbessern können und demokratische Teilhabe erlebbar machen. Wir haben in den
796 letzten 20 Jahren unter den besonderen Bedingungen der ostdeutschen

797 Bundesländer und den besonderen Herausforderungen einer Partei, die sich neues
798 Vertrauen aufbauen musste, dazu gearbeitet und beispielsweise Konzepte für mehr
799 Bildungsgerechtigkeit, für solidarische Sozialsysteme, die Sicherung der öffent-
800 lichen Daseinsvorsorge bzw. Rekommunalisierung oder eine moderne Arbeits-
801 marktpolitik entwickelt. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt setzt sich darum dafür ein, das
802 Konzept des Öffentlichgeförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) weiterzuentwickeln
803 und im Programm zu verankern.

804

805 Im Zuge der Umgestaltungsprozesse nach 1989 sind wir mit anhaltend hoher
806 struktureller Arbeitslosigkeit und mit der Zurückdrängung der Erwerbsarbeit als
807 Ergebnis eines rücksichtslosen Standortwettbewerbs und umfassender Deindust-
808 rialisierung konfrontiert. Zugleich hat die damit einhergehende finanzielle
809 Aushöhlung der öffentlichen Kassen zur Folge, dass immer mehr Aufgabenfelder,
810 die für den sozialen Zusammenhalt und für ein funktionierendes Gemeinwesen
811 unerlässlich sind, abgebaut werden. Ein Teil dieser Aufgabenfelder wurde mit den
812 Mitteln der Arbeitsförderung kompensiert. Damit wurde die Bezahlung und Ermög-
813 lichung notwendiger Arbeit immer wieder in eine zeitliche Begrenzung gedrängt,
814 sowie durch ständigen personellen Wechsel und instabile Förderungsbedingungen
815 gekennzeichnet. Das erwies sich als kontraproduktiv, vor allem für verlässliche
816 soziale Beziehungen und Strukturen in sozialen Tätigkeitsfeldern. Andere Aufga-
817 benfelder wiederum sind in die Ehrenamtlichkeit abgedrängt worden, die nicht
818 selten vor allem von nunmehr arbeitslos gewordenen Menschen unentgeltlich
819 weitergeführt werden. Viele gesellschaftliche Akteurinnen und Akteure – darunter
820 Gewerkschaften, Vereine und Verbände, nicht zuletzt die Wissenschaften, disku-
821 tieren seit vielen Jahren Alternativen im Rahmen eines so genannten Dritten
822 Sektors.

823

824 Zu den programmatischen Leistungen der PDS in den neuen Ländern gehört die
825 Entwicklung des Konzeptes für einen Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor
826 (ÖBS). Die Idee war es, gesellschaftlich notwendige Arbeit, die nicht durch den
827 unternehmerischen Sektor finanziert wird bzw. finanzierbar ist, durch öffentliche
828 Mittel als öffentlich geförderte Beschäftigung zu organisieren. Vor allem zivil-
829 gesellschaftliche Akteure wie Vereine, Verbände, Bürgerinitiativen und ähnliches,
830 sollten Träger solcher Beschäftigungsprojekte werden. Die Stärken von zivilgesell-
831 schaftlicher Verankerung – wie zum Beispiel der flexible Wandel entsprechend der
832 sich verändernden Bedarfe, Bürgernähe und die Beteiligung bürgerschaftlichen
833 Engagements, flache Hierarchien sowie basisdemokratische Teilhabe und Mitbe-
834 stimmung, sollten kombiniert werden mit Standards wie der tariflichen Ausge-
835 staltung von Arbeits- und Einkommensbedingungen. Nicht zuletzt ging es darum,
836 Eigeninitiative und Eigenverantwortung durch verlässliche finanzielle Rahmenbe-
837 dingungen zu ermöglichen. Mit dem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor
838 sollte vor allem die soziale und ökologische Nachhaltigkeit des Gemeinwesens und
839 der Gesellschaft gestärkt werden.“

840

841